

Dresdner Volkszeitung

Vollständig: Dresden
Raben & Comp., Nr. 1298

Organ für das werktätige Volk

Bankkonto: Stadtbank, Dresden.
Bank der Arbeiter, Anstalten und
Beamten, R. G. Dresden,
Gebr. Arnold, Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Abonnementpreis einschließlich Porto mit der täglichen Unter-
haltung für ein Jahr, halbjährlich 1 Mark, Einmalnummer 10 Pf.
Telegraphisch: Dresden Volkszeitung

Schriftleitung: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 2531 Sued-
stadt, nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsdruckerei: Bettendorfer 10, Fernsprecher Nr. 2526 und 12707.
Verlagsort: Dresden, den 7. März 1928.

Anzeigenpreis: Grundpreis: die 30 mm breite Raumzeile
für 10 Zeilen, die 90 mm breite Raumzeile 200 Pf., für ausserordentlich
Anzeigen 40 Pf. und 200 Pf. für ausserordentlich. Tages- und Ab-
endblätter 40 Pf. Rabatt. Für Kleinanzeigen 10 Pf.

Nr. 57

Dresden, Mittwoch den 7. März 1928

39. Jahrg.

Webers Klagen

Wer sind die Schuldigen?

Es ist bedauerlich, daß man in einer Tages-
zeitung die Klagen, die alljährlich die sächsischen Finanz-
minister zum Etat zu halten pflegen, den Lesern nicht im
Wortlaut vorlesen kann, geben sie doch ein gründliches
Bild von der Fülle der Aufgaben, die noch immer dem Frei-
staat Sachsen obliegen. Man kann im Zweifel darüber sein,
ob ein Gebilde wie der Freistaat Sachsen noch als
Freistaat bezeichnet werden kann, nachdem ihm das Reich so
viele von seinen Befugnissen genommen hat. Aber ob man
dieses „Land“ Sachsen einen Staat oder nur noch einen
großen Kommunalverband nennt, so bleibt seine Tätigkeit
doch von der größten Bedeutung für die Volksmassen, vor
allem deswegen, weil es in weitem Umfang für die Bildung
und die Wohlfahrt der Bevölkerung zu sorgen hat.

Die Rede, die der Finanzminister Weber gestern im
Landtag hielt, war zu einem guten Teil mit Klagen dar-
über angefüllt, daß das Reich den Einzelstaaten nicht mehr
genügend Mittel zur Bestreitung ihrer Ausgaben zur Ver-
fügung stellt, während es fortgesetzt den Ländern neue
Aufgaben auferlegt. In der Vorlesung konnten die
Einzelstaaten dafür sorgen, daß ihnen die nötigen Ein-
nahmen zur eigenen Verfügung, so vor allem die Ein-
kommen- und die Vermögenssteuer, die jetzt zu
Reichsteuern geworden sind. Heute müssen die Länder in
der Hauptsache mit dem zufrieden sein, was ihnen das Reich
als Anteil an seinen Steuern gibt. Eigene Steuern sind
ihnen nur in geringem Umfange geblieben, so die Grund-
- und Gewerbesteuer, die Vermögenssteuer, deren Erträge aber
nur einen verhältnismäßig geringen Teil der Landesaus-
gaben decken können. Mag sein, daß auch in den Ländern an
der oder da ohne Schaden bei der Verwaltung noch einige
Millionen gespart werden können, aber um große
Zusammen kann es sich dabei nicht handeln, denn die Ver-
waltungskosten machen nur einen sehr bescheidenen Teil
der Landesausgaben aus. Gebricht es den Ländern an
Geld, so müssen die Massen darunter leiden, und
deswegen müssen auch wir dem Finanzminister beistimmen,
wenn er fordert, daß das Reich den Ländern genügend Ein-
nahmen zur Erfüllung ihrer Aufgaben überläßt.

Wem, auch das Reich ist finanziell nicht auf Rosen
obwohl. Es hat die großen Wiedergutmachungsausgaben
zu tragen und es muß gewaltige Summen für die Opfer des
Krieges und deren Hinterbliebene ausgeben. Aber damit ist
nicht gesagt, daß die Finanzwirtschaft des Reiches so ist,
wie sie sein soll. Auf die Verschwendung bei der Reichs-
-verwaltung ist schon oft genug hingewiesen worden und man
bedauert wirklich keinen Panzerkreuzer zu bauen,
der uns im Ernstfall noch viel weniger nützt als die große
Schiffe Wilhelms II., solange die Länder nicht wissen, wo sie
die notwendigen Mittel für Schule und Wohlfahrtszwecke
hernehmen sollen.

Der Herr Finanzminister Weber hat es freilich nicht
gesehen, davon hinzuweisen, wer für die Finanzpolitik des
Reiches verantwortlich ist. Er hat nicht hervorgehoben,
daß in dem farnosen Reichsblock hauptsächlich sind,
die in dem farnosen Reichsblock hauptsächlich sind.

An dem sächsischen Defizit, so führt der Herr
Weber aus, sei die Erhöhung der Beamtengehälter schuld.
Mag sein. Aber warum wurde die Besoldungsreform zu
einer solchen unabwehrbaren Notwendigkeit? Deshalb, weil
die Bürgerblöcker im Reich seit Jahr und Tag eine
Verleumdungspolitik treiben, weil sie den Verbrauchern in
den Städten die Nahrungsmittel durch Agrarzölle und den
Landwirten die Industrieprodukte durch Industriezölle ver-
teuern. Und als in diesem Jahre dem deutschen Volke durch
Erhöhung der Weiszölle die aus Weizen hergestellten Nahrungsmittel
verteuert wurden, da hat auch die Regierung
Herrn Weber im Reichsrat mitgeholfen.

Das Reich kann sich zwar nicht darüber beklagen, daß
seine Einnahmen aus Zöllen und Klassensteuern zu
gering gewesen wären, aber man könnte noch so manche
Klauen herausheben, wenn man bei den Besitzenden
Weber zugriffe. Die Erträge der Vermögens- und In-
-kommenssteuer, die in England gewaltige
Einnahmen einbringen, sind lächerlich gering, aber die Ge-
-samteinnahmen der Dr. Kaiser, Weber und Krug
von Kidaa, die im Reich herrschen, wollen von einer
-artigen Belastung der Reichen nichts wissen.

Besonderen Schmerz bereitet Herrn Weber die Tat-
-sache, daß Sachsen zugunsten der agrarischen Länder
-steuern muß. Von der Umsatzsteuer und der Kraftfahrzeug-
-steuer bekäme Sachsen nur einen verhältnismäßig geringen Teil
-auskommen aus seinem Gebiet. Wir sind nicht parti-
-kularistisch genug, um zu fordern, daß in jedem
-sächsischen Baireland gerade die Steuern aufgebracht
-werden müssen, die dort einkommen, im Gegenteil, wir sind
-für die Meinung, daß ein Lastenausgleich stattfinden muß,
-wenn auch in den Teilen Deutschlands, in denen die Bevöl-
-kerung arm ist, das Notwendige für die Bildung und Wohl-
-stand der Massen getan werden kann.

Aber wenn heute die industriellen Teile Deutschlands
-klagen müssen, damit für die agrarischen Gebiete
-genügend abfällt, so liegt das zum guten Teil daran, daß trotz
-den Klagen über die unerträgliche Steuerbelastung die

Steuererträge aus der Landwirtschaft nur allzu gering sind.
Mag sein, daß es heute manchem Landwirt nicht allzu gut
geht, aber das Rittergutsbesitzer, die in Schlössern
wohnen und in eigenen Automobilen daherkommen,
weniger Steuern zahlen als der Dorfschulmeister oder der
einfache Arbeiter, das ist keineswegs eine neue Erscheinung.
Auch hier sind es wieder gerade die Parteien, die jetzt jahre-
-lang im Reich herrschen, die während ihre Hand über die
-nichtsteuerzahlenden Landwirte halten und die jetzt dabei sind,
-durch ein sogenanntes Notprogramm Hunderte von Millionen
-für die Landwirtschaft flüssig zu machen.

Webers Rede ist also recht unvollständig gewesen. Hätte
-der Finanzminister diejenigen nennen wollen, die an seinen

Schmerzen schuld sind, so hätte er sagen müssen, daß die
-Schuldigen die Parteien des Bürgerblocks sind,
-die seit einigen Jahren im Reich das Fest in der Hand
-haben. So etwas kann man natürlich von dem Finanz-
-minister des Reichs nicht verlangen. Um so mehr aber ist es notwendig, daß die Volks-
-massen aus den Ausführungen des Herrn Weber die Schluss-
-folgerungen ziehen, die er selbst nicht ziehen wollte und
-konnte und in einigen Wochen bei den Wahlen den Bürger-
-blockparteien die Quittung für ihre Finanzpolitik aus-
-stellen, die dazu geführt hat, daß es den Ländern an den not-
-wendigen Mitteln für die wichtigsten Kultur- und Wohl-
-fahrtszwecke fehlt.

Nach den polnischen Wahlen

Das Ergebnis der polnischen Sejm-
-wahlen entspricht im großen und ganzen den vorher ge-
-legten Erwartungen. Der Zusammenbruch der
-Rechtsparteien war ebenso sicher wie der starke Auf-
-stieg der polnischen Sozialisten. Zweifelhaft war
-lediglich der Ausgang der Abstimmung für den Pilsudski-
-Block. Er ist mit weit über hundert Mandaten — an-
-scheinend 130 — aus dem Kampf hervorgegangen und hat in-
-sofern alle anfänglichen Vermutungen wesentlich übertrifft.
-Dieser beachtliche Erfolg des Regierungsblocks geht freilich
-auf sehr viele Wahlmandatsverluste zurück. Insbesondere in
-den polnischen Ostgebieten wurde der Terror kurz vor den
-Wahlen in einem geradezu unerhörten Ausmaß gesteigert.
-Die Folge war, daß den ukrainischen und weißrussischen Par-
-teien 30 bis 40 Mandate verlorengegangen und dem Re-
-gierungsblock zugefallen sind.

Aber was hilft das alles? Der Erfolg Pilsudskis
-steht zweifelsfrei fest und alle polnischen Parteien
-werden damit zu rechnen haben. Voraussetzungen sind die Re-
-gierung jetzt versuchen, ihren großen parlamentarischen
-Machtag zu machen und sich im Parlament eine Mehrheit zu
-schaffen. Es könnte sich dabei nach Lage der Dinge eigentlich
-nur um eine Linksmehrheit handeln, und es wäre im
-inner- wie außenpolitischen Interesse Polens sehr zu be-
-grißen, wenn daran auch die Minderheiten beteiligt wären.
-Damit würde der gesamten polnischen Politik eine neue
-Richtung gegeben. Der Zusammenbruch der dachsteinischen
-Rechtsparteien und die Möglichkeit einer parlamentarischen
-Konsolidierung des Pilsudski-Regimes eröffnet zweifellos für
-die nächste politische Zukunft Polens günstige Aussichten.
-Pilsudski wird die Linie seiner diktatorischen Entwicklung
-nicht fortsetzen können und seine Pläne zur dauernden Macht-
-beschränkung des Parlaments nicht zu verwirklichen imstande
-sein. Er findet dafür nicht die notwendige Zweidrittelmehr-
-heit. So wird er sich wieder auf seine „linke“ Vergangenheit
-besinnen und zu ihr zurückfinden müssen. Die starke So-
-zialdemokratie wird jedenfalls in entschiedener Weise dahin
-wirken.

Ist so eine bessere Innenpolitik möglich, so würden zu-
-gleich auch die Voraussetzungen für eine raschere Entwicklung
-der deutsch-polnischen Entspannung geschaffen, die ohne
-Zweifel seit der Mitte des vorigen Jahres einge-

setzt hat. Man darf freilich nicht übersehen, daß auch das
-Pilsudski-Regime in Polen deutschfeindliche und deutschland-
-feindliche Stellungnahmen nicht ausgeschlossen hat; es ist nur
-an die Zustände in Oberschlesien erinnert, für die der persön-
-liche Freund Pilsudskis, der katonowitzer Wojewode, verant-
-wortlich ist, oder an die unnötige Quertreibung gegen die
-deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, die mit
-der bekannten Grenzverordnung geschah. Auch in den Pils-
-udski naheliegenden Regierungskreisen, beispielsweise im
-polnischen Innenministerium, liegen eben Generale, deren
-politische Horizont von der üblichen militaristischen Eng-
-stirnigkeit nicht weit entfernt ist. Es wird deshalb eines
-besonderen Impulses der polnischen Regierung bedürfen,
-die nun aus den Neuwahlen hervorgehen soll, bedürfen, um in
-der Außenpolitik im allgemeinen und in den Beziehungen
-zu Deutschland im besonderen eine nachhaltige und
-gründliche Besserung herbeizuführen. Die
-Stärke der polnischen sozialistischen Fraktion im polnischen
-Parlament wird sicherlich einer solchen im polnischen Inter-
-esse liegenden Entwicklung nur förderlich sein.

Nur wechselnde Mehrheiten möglich

O. Warschau, 7. März. (Eig. Funkdruck.) Die zur
-Pilsudski-Regierung in Opposition stehende Mehrheitspresse berech-
-net die Kräfteverteilung im neuen Sejm folgendermaßen:
-Pilsudski werde über 130 Stimmen verfügen. Die
-Linke werde insgesamt 133 Mandate haben, von denen
-63 den Sozialdemokraten gehörten, 83 der Sozialisten,
-21 der Dombiski-Gruppe, 8 den Kommunisten und 4 den Grup-
-pen, die den Kommunisten nahestehen. Das aus der Platten-
-partei und den christlichen Demokraten bestehende Zentrum
-habe 45 Mandate. Die Rechte wird nur 38 Mandate
-haben. Die nationalen Minderheiten 85, und der
-Rest von 13 Mandaten verteilt sich auf die „Wilden“. Infolge-
-dessen ist also nur eine wechselnde Mehrheit möglich,
-und für die von der Regierung angestrebte Verfassungsände-
-rung mit dem Ziel einer Stärkung der Exekutive werden sich
-nach Meinung der Rechtsblätter die notwendigen zwei Drittel
-der Stimmen nicht finden. Von den gewählten 46 Ukrainern
-und Weißrussen sind 25 vom Minderheitenblock, 11 von den
-Radikalsocialisten und 8 von der dem Kommunismus nahestehen-
-den Dombiski-Gruppe. Von den Gewählten des Regierungsblocks
-rechnet man 40 als rechtsstehend, die übrigen 90 als links- und
-mittelparteilich.

Eine erfolgreiche Messe

Von unserem Sonderkorrespondenten

Leipzig, 6. März. (Eig. Bericht.)

Der erfolgreiche Verlauf der Leipziger Messe, des
-größten Warenmarktes der Welt, ist von allgemeiner Be-
-deutung, weil die Konjunkturlage durch ihn gewisser-
-maßen untermauert wird. Durch eine Summierung von zahl-
-reichen Einzelaufträgen, wie sie in Leipzig besonders auf der
-Frühjahrmesse erfolgt, erhält die wirtschaftliche Entwicklung
-die notwendige Stabilität. Man darf nie vergessen, daß
-die Dresdes für einen wesentlichen Bruchteil unserer in-
-dustriellen Produktion durch die Auftragsbücher der Waren-
-aussteller in Leipzig laufen. Die vor einiger Zeit mit Hilfe des
-Instituts für Konjunkturforschung durchgeführte Erhebung
-über die Auswirkung der Leipziger Messe auf dem Arbeits-
-markt hat uns auch zahlenmäßige Anhaltspunkte für den
-Zusammenhang zwischen Messe und Konjunkturlage gegeben.
-Wir wissen heute, daß die über 10 000 Aussteller,
-die auf der Frühjahrmesse 1928 in Leipzig vertreten sind,
-Aufträge im Umfang von mehreren hundert Millionen
-Markt an Tausende von kleinen Betrieben im Lande ver-
-teilen und sich die Arbeitsprogramme dieser Betriebe auf
-Monate hinaus auf geschäftlichen Dispositionen ausbauen,
-die während der Messe in Leipzig getroffen worden sind.
-Der Leipziger Warenmarkt, an sich eine Angelegenheit des
-Handels, wird so eine große Energiequelle für unser wirt-
-schaftliches Schaffen und erhält damit stärkste volkswirt-
-schaftliche Bedeutung.

Wenn der Verlauf der Frühjahrmesse 1928 als er-

folgreich bezeichnet werden kann, so gilt das in erster
-Linie für

die Produktionsmittel-Industrien.

Vor noch nicht allzulanger Zeit war die Technische Messe
-in Leipzig ein Anhängsel der Mustermesse, der Warenmesse.
-In den letzten drei Jahren hat sich jedoch der Maschinen-
-markt in den modernen und fehn konstruierten Fällen am
-Vollerschlagdenkmal zu einem Weltunternehmen entwickelt.
-Diese Entwicklung ist der Ausdruck großer wirtschafts-
-technischer Impulse, die seit Jahren die Industrieböller
-Europas zu einer Umstellung ihrer Produktionsmaschinen-
-zu einer Steigerung der Produktivität treiben. Noch nie
-hat die Wirtschaftsgeschichte eine derart gigantische Aus-
-dehnung der Maschinenparks erlebt, wie sie sich augen-
-blicklich vor unseren Augen vollzieht. Man konstruiert
-heute Dieselmotoren mit einer Kraftleistung, die man
-noch vor Jahren für unmöglich hielt und als Phant-
-asterei bezeichnet hat. Die Werkzeugmaschinen-
-industrie liefert Giganten von Fräsmaschinen in einer
-Größe von 25 Meter. Der Markt aber, wo der Maschinen-
-hunger des Rationalisierungszeitalters befriedigt wird, ist
-Leipzig. Der Verein der Deutschen Maschinenbau-
-anstalten hat allein mit seinen Ausstellungsobjekten in
-Leipzig drei Meilenhallen belegt. Die Produktionsmittel-
-industrien dürften auch in Leipzig das weitest besetzte Ge-
-biet gemacht haben. Sie können große Auftragsengpässe
-buchen und werden damit ohne Zweifel die sich während